



Der Auftakt: Protestkundgebung am 23. April

Sonderopfer von Beamten verfassungswidrig

■ Sonderopfer von Beamtinnen und Beamten, die das Ziel verfolgen, öffentliche Haushalte zu sanieren, sind verfassungswidrig. Sie widersprechen dem Anspruch der Beamten auf amtsangemessene Besoldung, der per Grundgesetz geschützt ist. Die GEW stützt sich dabei auf ein Rechtsgutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Ulrich Battis »Die GEW wird auf der Grundlage des Gutachtens Musterklagen für ihre Mitglieder führen«, kündigte Ilse Schaad, für Angestellten- und Beamtenpolitik verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied an.

Beamtenstreik

■ Während der Streik-Kundgebung vor der Bürgerschaft am 16. Mai wird diese BLZ gerade gedruckt. Der Terminrahmen eines Monatsmagazins

ist ein eisernes Gehäuse. Wir beschränken uns daher auf einige Informationen zur Gehaltssituation und zum Streikrecht der Beamten.

Im nächsten Heft werden wir über den Verlauf und die Ergebnisse des Streiks für die Übernahme des Tarifiergebnisses berichten.

Die Redaktion

Beschluss der Personalversammlung vom 30.04.

Eine echte Schippe drauflegen!

Die Personalversammlung der Beschäftigten in Schule fordert vom Bremer Senat und der Regierungskoalition die Unterfinanzierung des Bremer Bildungswesens zu beenden und für eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit Personal und Ressourcen zu sorgen. Eine solide Ausstattung von Schulreform und Inklusion erfordert mehr als die geplanten 7,5 Mio. €, die zudem von den verbeamteten Lehrkräften selbst aufgebracht werden sollen, indem ihnen eine angemessene Besoldungserhöhung vorenthalten wird.

Wir fordern weiterhin die vom Rechnungshof Bremen im letzten Jahr veranschlagten 20 Mio € mehr jährlich. Jede Form von Kürzungen, egal ob an Schule, am LIS oder in der Schulsozialarbeit lehnen wir ab. Zu einer soliden Ausstattung gehört auch eine angemessene Entlohnung. Deshalb fordern wir die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses für die verbeamteten Lehrkräfte.

Wir werden die Bürgerschaftssitzung am 16. Mai, in denen Haushalt und Beamtenbesoldung vom Bremer Parlament diskutiert werden, zum Anlass nehmen unsere Forderungen in der Öffentlichkeit und gegenüber der Bürgerschaft nachdrücklich zu vertreten. Wir werden Arbeitsverdichtung, fehlende Krankheitsvertretungen und ständig neue Anforderungen nicht mehr hinnehmen. Deshalb werden wir in den Kollegien diskutieren und beschließen, Mehrarbeit bis auf Weiteres zu verweigern und uns an Protestaktionen bis hin zum Streik zu beteiligen.

Wir werden gemeinsam mit Eltern und Schüler_innen weiterhin für eine ausreichende Finanzierung der Bildung eintreten.

Wir werden gemeinsam mit Eltern und Schüler_innen weiterhin für eine ausreichende Finanzierung der Bildung eintreten.

